



Advertisement text listing various services and contact information for the newspaper's office.

Advertisement text for 'Berliner Tageblatt' and 'Handels-Zeitung', mentioning subscription rates and contact details.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung
Nr. 107 + Ausgabe A Nr. 54
Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 107
Donnerabend, 5. März 1921
50. Jahrgang

Beratung über die Wirkung der „Sanktionen“.

Keine Veranlassung zur Milderung der bisherigen Haltung.

Konferenz des Sachverständigenausschusses.

Berlin, 4. März. (W. T. V.) Unter der Leitung des Reichsfinanzlers fand heute nachmittags eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angebotenen Zwangsmaßnahmen statt. Wie Anwesenden meinten einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwere Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterschiede von Verpflichtungen abzuheben, die Deutschland zu erfüllen andererseits nicht abbringen könnten. Bei einer Überprüfung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angefügten Zwangsmaßnahmen schwerer, aber nicht unerwartet seien, und daß die Regierung wegen der zu betrachtenden Schädigungen so weit wie möglich Vorbehalte getroffen habe. Die angeordneten Maßnahmen könnten keine Entlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

tionen entsprechen nicht gerade den Wünschen, die von der Seite der französischen Chauvinisten so heftig geäußert wurden. Sie sind eher wirtschaftlicher als militärischer Art. Es sollen nur ein paar Befestigungen erfolgen, wenigstens aufnehmend, um den Generalen Genüge zu tun. Aber von der Forderung des Main entlang, von dem Einmarsch in Bayern und der Besetzung des Ruhrgebietes wird kein Wort mehr gesagt. Weder Italien noch Japan wollen von solchen Operationen etwas wissen. Französischer Nationalismus und englischer Geschäftssinn haben die jetzige Situation geschaffen und die Alldeutschen haben fröhlich dabei geholfen. Aber im Grunde bedeuten die Sanktionen von London eine Schlappe für den „Bloc national“. Trotz alledem wird die Revision des Vertrages von Versailles die notwendigste Forderung der Zukunft bleiben.

Wesfäl, 4. März. „Independance belge“ glaubt, daß ein Teil der alliierten Konferenzteilnehmer aus den Worten Simons den Eindruck gewonnen hat, daß es Montag nicht zu einem Konflikt kommen wird. In einigen belgischen Zeitungen findet sich die Bemerkung, Simons habe eine Verbesserung der deutschen Gegenangebote in Aussicht gestellt.

Erwartung neuer Gegenangebote in London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Der diplomatische Korrespondent der „Daily News“ sagt: Die Möglichkeit, daß ein neuer Sprecher für Deutschland in die Verhandlungen zurückkehren wird, ist in Betracht zu ziehen. Der Simons eine Stellung ist augenblicklich sehr schwierig geworden. Es ist aber auch deutlich geworden, was schon öfter angedeutet wurde, daß der Plan von Dienstag nicht der Plan der deutschen Sachverständigen war, sondern ein Plan, der weniger annehmbar für die Alliierten war. Sogar in der deutschen Delegation und augenblicklich noch mehr in Berlin heißt man, daß die deutsche Sache verfallen worden ist, und es wäre nicht überraschend, wenn eine andere Stimmung am nächsten Freitag bezüglich der Verhandlungen vorläge, obgleich vom persönlichen Standpunkt aus das sehr bedauerlich wäre. Der Korrespondent der „Daily News“ sagt weiter, daß von Deutschland neue Gegenangebote zu erwarten seien; das möge man als feststehend betrachten und darauf gründen sich auch das Vertrauen in den alliierten Streit, daß eine Lösung zu finden sei. (3) Als mögliche entgegenkommende Angebote der verantwortlichen alliierten Kreise bezüglich der Verhandlungen folgende: Daß das Pariser Abkommen jetzt gültig, aber in fünf Jahren neu nachgeprüft werde, und daß Deutschland alle Freiheiten in der Bestimmung der Form der Zahlungsfähigkeit gewährt werde; ein anderer Gedanke ist der, die Bräuterei Formel, die die Zahl aus von 15 Milliarden in den nächsten fünf Jahren vorläge, als Grundlage zu nehmen und spätere Zahlungen durch Erhöhung einer Gesamtsumme von 100 Milliarden vorzubereiten. Das wäre also, was ichan verständigste vorausgesetzt werden ist, der Plan Schöndorff. Doch auch von alliierten Seite noch mehrere Vorbehalte gemacht werden, die Verhandlungen endlich auf eine gesättigte Grundlage zu bringen, könne man trotz aller Donner und Blitze im Saint-James-Palast annehmen. Aber obgleich die Sanktionen für die Alliierten selbst anerkanntermaßen eine sehr bittere Sache sind, sei zu bedauern, daß alles nichts hilft.

Das deutsche Milliardendefizit und die Londoner Verhandlungen.

Der Reichsetat für 1921. — Die Möglichkeit neuer Gegenvorschläge.

Don
Erich Dombrowski.
In dem Augenblick, da Lord George die deutschen Gegenangebote als „bedeutend und erhellend“ beschrieb, zurückzuziehen, verabschiedete der Reichsetat den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, ein neues Dokument für Deutschland geradezu hilflose Finanzlage. Zwar scheint er, auf dem Papier, in seiner Gesamtausgabe mit zwanzig Milliarden Mark weniger abzuschließen. Aber da die Einkünfte, die Post und die Reichsbankerei mit ihrer Defizitwirtschaft und die noch nicht festgelegten Annuitäten der Wiederzulassung darin nicht enthalten sind, so wird der Etat in Wirklichkeit nicht nur nicht hinter dem vorjährigen zurückbleiben, sondern ihn auch erheblich überschreiten. Wie hoch diese Milliardendefizite sind, läßt sich im Augenblick auch nicht einmal schätzungsweise angeben. Der ordentliche Etat ist um etwa sieben Milliarden Mark höher als im laufenden Rechnungsjahre. Er wird durch die regelrechten Steuern gedeckt werden bis auf 3,2 Milliarden, die unter anderem durch eine Erhöhung der Zucker- und der Süßholzwerte eingebracht werden sollen. Die größten Aufschwüngen macht, wie immer, der außerordentliche Etat. Hier haben wir es mit 40,5 Milliarden zu tun, von denen 10,6 aus außerordentlichen Einnahmen bestehen werden, während ein Restbetrag von 29,9 Milliarden durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Wie, nach dem missglückten Versuch einer mit allen möglichen Anreizmitteln ausgestatteten Prämienanleihe, diese Anleihe aufgebracht werden soll, wird nicht gesagt. Der will man den bequemen, aber gefährlichen Weg einer Zwangsanleihe beschreiten? Zu den erwähnten 10,6 Milliarden außerordentlichen Einnahmen rechnet 7,8 Milliarden aus dem Ertrag des Reichsmonopols. Ursprünglich hatte man, als das Gesetz in der Nationalversammlung beschlossen wurde, daran gedacht, mit dem Reichsmonopol einen Teil der schwebenden Schuld zu decken. Nun ist man, der Not gehorchend, auch davon abgekommen und wirft auch diese einmaligen Sondererinnahmen in das Danaubüchlein der außerordentlichen Ausgaben. Damit greift man das Kapital an, um augenblickliche Finanzbedürfnisse zu befriedigen. Wenn wir, um nicht bankrott zu werden, nicht nach jedem Strohhalm greifen müßten, so könnte man ein solches Verfehlen einen unverantwortlichen Leichtsinns nennen.

Die Schulden des Reiches haben sich unterdessen in einem Ausmaße vermehrt wie die Baustellen bei einem Menschen mit galoppierender Schwindelkrankheit. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth besitzerte sie erst in diesen Tagen mit 300 Milliarden, von denen nur 85,5 hundert sind. Wie anderen sich schwebend, zu dem Milliardendefizit des Haushaltsplans und zu dieser gewaltigen Pyramide von Schulden treten nun noch, lo oder lo, vom 1. Mai ab die Milliarden-Jahresleistungen für die Wiederzulassung. Nur noch Menschen mit Parkei, mit demnächst ausstehender Phantasie können sich überhaupt eine greifbare Vorstellung von diesem Ziffernball machen. Trotzdem haben Regierung und Sachverständige den Mut gehabt, in Gegenangeboten neue ungeheure Milliardenzahlen auf die Schulden des deutschen Volkes zu verzeichnen. Man hat dabei bereits, unsere Granchen, den Boden der realen Verhältnisse verlassen und Hypothesen auf die Zukunft abgenommen, die man im privaten Geschäftsverkehr als liebens- oder achtseltige bezeichnen würde. Man hat aber auf alle Fälle den guten Willen zeigen wollen, selbst über die Grenzen der wahrscheinlichen Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gegner haben das nicht anerkannt und sie als völlig indiskutabel bezeichnet. Lord George hat die deutschen Delegierten in einer psychologisch klug berechneten Rede aufgefordert, entweder die Pariser Beschlüsse der Entente ganz anzunehmen oder neue Gegenangebote zu machen, die auf anderen Wegen, die befriedigend sind, den Verpflichtungen aus dem Pariser Vertrag gerecht werden, unter Abgabe der in dem Bericht der Sachverständigen gemachten Zugeständnisse. Lord George hat die deutschen Rede auch bereits eine Änderung gemacht, nach welcher Richtung hin die Entente mit sich reden lassen würde. „Hätte die deutsche Regierung erklärt“, sagte er, „42 Jahre ist eine so lange Zeit, eine Abgabe von 12 Prozent auf unsere Wärfuhr ist nicht die beste Methode, unseren Verpflichtungen nachzukommen oder den Betrag festzustellen, den Deutschland in einem gegebenen Moment zu zahlen fähig ist. Wie teure Wege, die uns besser passen, und uns zum Ziel führen — dann hätten wir uns mit der deutschen Vorkommung an diesen Verhandlungstisch gesetzt, um ganz ehrlich ihre Gegenangebote zu prüfen mit der Absicht, zu einer vernünftigen Einigung zu kommen.“

Es hat natürlich keinen Zweck, mit den Vätern zu strampeln und zu sagen: Wir nehmen auch nicht ein Jota von unseren Verhandlungsbedingungen zurück. Lord George hat sich zu bestimmten Verhandlungen bereit erklärt und uns zum erstenmal die Verhandlungen bereit erklärt und uns zum erstenmal die Verhandlungen bereit erklärt. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche

Französische Kommentare zu dem Ultimatum.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)
Paris, 4. März. Aus den französischen Kommentaren zu dem Ultimatum seien noch zwei erwähnt, der des „Figaro“ und der „Humanité“. Im „Figaro“ schreibt Rouvier: Herr Simons hat wahrscheinlich von Berlin den Auftrag erhalten, die Sanktionen zu vermeiden. Um viele zu vermeiden, wird er unterliegen. Aber das ist eine deutsche Unterforderung, mehr als nötig. (4) Unter anderem heißt es noch nicht zahlen. In dem gleichen Blatt folgt der Bericht erstatter Rainaud Recourd, der den Londoner Verhandlungen beizuhören: „Gestern haben die Deutschen den vierten Teil unserer Forderungen angeboten. Das war lächerlich. Wenn sie am Montag dreieinhalb anbieten, können wir — das wollen wir nicht verhehlen — in etwas schwächerer Lage kommen.“ In der „Humanité“ urteilt Paul Louis: „Die Sanktionen und muß ebenso unerträglich das ganze Volk hinter sich haben. Wir wanken nicht trotz Delegationsschmerz. Beiden Städten ist die Schwere der Belastung bekannt. Düsseldorf ist schon seit Dezember 1918 zu etwa einem Fünftel befüllt. Und jeder Einwohner kennt die Folgen für sich und für die Belastung. In Duisburg liegt es ähnlich. Und die dange Sorge, mit der sich die Belastung teilt jeder auf und in den Rheinbrücken verborstet, spricht lauter als alles andere, wie der einfache Soldat der Generale das Vordringen beurteilt wird.“

Was wir am Rhein denken.

Anten Erkelenz,
Mitglied des Reichstags, Abgeordneter von Düsseldorf-Rh.
Der erste Schlag trifft also uns. Düsseldorf soll besetzt werden, Duisburg soll besetzt werden. Das soll der Anfang der Selbstentfaltung von 220 Milliarden Gold, von 3400 Milliarden Papier sein. Jetzt wird der Welt eine ins Nichts verführte dinge die Selbstentfaltung vorgeschrieben, gesagt werden. Und man wird dann ja leben, als fünfzigtausend Soldaten mit Kanonen und Säbeln wuchertüchtig und zwanzig Milliarden einfließen können. Die Welt wird auf diesen neuartigen Versuch gedrückt sein. Sie wird nach einer Weile finden, daß die Entfaltung jeder einzelnen Milliarde das Sehnsucht an Kosten verursacht.
Wir sind uns am Rhein seit langem darüber klar, daß diese wuchertüchtige Versuch einmal gemacht werden mußte, und wissen, daß wir dabei zuerst die Betroffenen sein würden. Uns übertrug das Londoner Diktat nicht. Uns kann die Rede Lord Georges nicht erschüttern. Wir hoffen und wünschen dringend, daß sie niemandem in Deutschland schwerer fallen als uns. Die Welt braucht einen solchen Versuch, wenn zum Berichtswolliger zu machen, um endlich zu erkennen, daß die Wirtschaft keine Wuchertüchtigkeit schafft kann. Die Regierung mag in Einzelheiten noch nachsehen und weitersehen. In der Hauptsache muß sie unerträglich